

SITZUNGSVORLAGE

Gremium **Verwaltungsausschuss**
öffentlich am 22.04.2013

Drucksache Nr. **2013/106**

Federführung Ordnungs- und Sozialamt
Sachbearbeiter Kurt Kiedaisch
Stand 09.04.2013
Aktenzeichen 444.0
Mitwirkung

Bericht des Behindertenbeauftragten, Herrn Norbert Rasch

Beschlussvorschlag

Dem Verwaltungsausschuss zur Kenntnis

Sachdarstellung

Zur Einleitung ein paar grundsätzliche Anmerkungen zur Situation der Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft.

Wer körperlich, geistig oder seelisch behindert ist oder wem eine solche Behinderung droht, hat ein Recht auf Hilfe. So bestimmt es das Sozialgesetzbuch. Und zwar auf Hilfe, die notwendig ist, um die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu bessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern.

Im Dezember 2006 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung verabschiedet.

Mittlerweile haben 153 Staaten diese Konvention unterzeichnet. Laut Angaben der UN sind etwa zehn Prozent der Weltbevölkerung (60 Millionen) in irgendeiner Form behindert, in Deutschland sind es 9,6 Millionen Menschen.

„Inklusion wird die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger steigern. Sie ist eine Bereicherung für alle“, heißt es im 236-seitigen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention der Bundesregierung.

Der Landtag hat am 20. April 2005 das Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung beschlossen. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu verhindern und zu beseitigen sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten, ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen und dabei ihren besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Als Nachfolger von Günter Baumgärtel bin ich seit Mai 2011 tätig. Ich habe an jedem letzten Donnerstag eines Monats von 10.00 bis 12.00 Uhr im Bürgerbüro Sprechstunde. Darüber

hinaus stehe ich telefonisch (privat) oder auf dem Postweg jederzeit für Anfragen und Anliegen zur Verfügung.

Ich freue mich sehr darüber, dass bislang recht viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und den Ortschaften auf mich zugekommen sind. Ihre Anliegen waren vielseitig und so möchte ich einige davon auflisten:

Barrierefreiheit und Hindernisse an öffentlichen und privaten Gebäuden und Einrichtungen.

Zu kurz geschaltete- und bedienungsschwierige Ampelanlagen.

Unebene Pflastersteine und Hindernisse durch Werbetafeln.
Stolperstellen durch Unebenheiten bzw. schadhafte Belag auf Gehwegen und Straßenüberquerungen.

Reinigungszustand der Behindertentoiletten und fehlende Hinweisschilder für diese Toiletten.

Rücksichtslose Radfahrer in der Fußgängerzone und auf Gehwegen.

Winterdienst, Schneeräumung außerhalb der städtischen Verpflichtung.

Wunsch nach einem sozialen Wegweiser, Stadtführer für Menschen mit Behinderung.

Unterstützung bei der Bearbeitung von Anträgen und Problemen gegenüber Behörden und anderen Dienststellen bzw. Organisationen.

Hilfe bei der Wohnungssuche und/oder einer Wohnungskündigung.

Unterstützung bei der Arbeitssuche.

Soziale Kontakte im häuslichen Umfeld verbessern, herstellen.
Bei nachbarschaftlichem Unfrieden/Problemen vermittelnd eingreifen.

Kennen lernen und Kontaktpflege mit allen sozialen Einrichtungen unserer Stadt und darüber hinaus Kißlegg und Argenbühl.

Hausbesuche auf Anforderung bei Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen.

Beteiligung an der Tagung für Menschen mit Behinderung in St. Konrad in Haslach.
„Wie wollen wir leben“

Teilnahme am sozialen Unterricht der Prassbergschule. Mit daran teilgenommen haben auch Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen.

Beteiligung am Solidaritätstag der Kaufmännischen Schule

Teilnahme an verschiedenen Besprechungen der Stadtverwaltung.
(Bahnunterführung, GEG Gebäude, I-Punkt).

Informationsaustausch mit den Dienststellen der Stadtverwaltung.

Telefonischer Erstkontakt mit sozialen Trägern aus Offenburg, Böblingen und Schwäbisch Hall, deren Menschen mit Behinderungen unsere Stadt danach besuchten.

Ilia Seifert, Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbands in Deutschland sagt:
„Trotz mancher Kritik ist er zuversichtlich, dass sich in den nächsten zehn Jahren einiges tun werde. Es sei ja schon viel passiert, denn es ist viel selbstverständlicher, dass man Leute mit Behinderung sieht. Das war vor 20 Jahren nicht so!“

Noch sind Menschen mit einer Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt und somit im Arbeitsleben stark benachteiligt. Bei der Wohnungssuche haben es diese Menschen besonders schwer.

Für junge Eltern bedeutet die Feststellung, dass ihr Kind behindert ist, zudem häufig eine Krise in der Lebensplanung. Man geht davon aus, dass mindestens sechs Prozent aller Kinder im Vorschulalter der Frühförderung bedürfen. Eine solche Sorge und Belastung haben auch Eltern bzw. Familien in unserer Stadt.

Mit über 50 Mio. Euro Nettoausgaben ist die Eingliederungshilfe schließlich auch ein großer Kostenfaktor für den Landkreis Ravensburg.

Wichtig ist dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen die für ihre Bedürfnisse passgenauen Hilfen erhalten. Hierbei soll der Wunsch nach einer selbständigen Lebensführung und Teilhabe an der Gesellschaft Berücksichtigung finden.

Eine weiterhin gewaltige Aufgabe für die Kommunen und die Gesellschaft.

Finanzielle Auswirkungen

Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen.

Anlagen